



Kleine Anfrage

des Abgeordneten Heiner Rickers (CDU)

und

Antwort

der Landesregierung - Finanzministerium

Gutachtaufträge der Landesregierung

1. Welche Gutachten – gegliedert nach Einzelplänen – hat die Landesregierung seit Beantwortung der Kleinen Anfrage Drs. 18/1617 vergeben?
2. Wie hoch waren/ sind die Kosten der jeweiligen Gutachten?
3. Wer (welche Institution, welches Unternehmen, welcher sonstige Auftragnehmer) hat diese Gutachten jeweils erstellt?
4. Wofür und in welcher Weise wurden die einzelnen Gutachten jeweils verwendet?
5. Welche Konsequenzen hat die Landesregierung ggf. aus den Ergebnissen der Gutachten für ihr Handeln gezogen?

Zur Beantwortung der Fragen Nr. 1 bis 5 siehe die beigelegte tabellarische Übersicht.

<p>Einzelplan</p>	<p>Frage 1: Welche Gutachten - gegliedert nach Einzelplänen - hat die Landesregierung seit Beantwortung der Kleinen Anfrage Drs. 18/1617 vergeben?</p>	<p>Frage 2: Wie hoch waren/sind die Kosten der jeweiligen Gutachten?</p>	<p>Frage 3: Wer (welche Institution, welches Unternehmen, welcher sonstige Auftragnehmer) hat diese Gutachten jeweils erstellt?</p>	<p>Frage 4: Wofür und in welcher Weise wurden die einzelnen Gutachten jeweils verwendet?</p>	<p>Frage 5: Welche Konsequenzen hat die Landesregierung ggf. aus den Ergebnissen der Gutachten für ihr Handeln gezogen?</p>
<p>03</p>	<p>Gemeinsames Gutachten der Länder "Medienkonvergenz und regulatorische Folgen"</p>	<p>96.078,60 € in 2014. Auf S.-H. entfällt nach dem Königsteiner Schlüssel ein Anteil von 3.255,06 €</p>	<p>Prof. Dr. Winfried Kluth, Halle (Saale) und Prof. Dr. Wolfgang Schulz, Hans-Bredow-Institut, Hamburg</p>	<p>Das Gutachten ist in Auftrag gegeben worden, um die Beratung der Bund-Länder-Kommission zur Medienkonvergenz vorzubereiten. Es ist veröffentlicht unter http://www.rlp.de/ministerpraesidentin/staatskanzlei/medien/.</p>	<p>Die durch das Gutachten unterstützten Beratungen der Bund-Länder-Kommission Medienkonvergenz haben zu einem ersten Zwischenbericht geführt, der von der Bundeskanzlerin und den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder in ihrer Sitzung am 03.12.2015 zur Kenntnis genommen worden ist. Dieser Bericht ist unter www.rlp.de/de/landesregierung/staatskanzlei/medienpolitik/ veröffentlicht.</p>
<p>03</p>	<p>Gemeinsames Gutachten der Länder zur "Begleitung und Unterstützung der Evaluierung der Einführung des Rundfunkbeitrags"</p>	<p>150.535,00 € davon 70.096,95 € 2013; 47.713,05 € 2014; 32.725,00 € 2015. Auf S.-H. entfällt nach dem Königsteiner Schlüssel ein Anteil von insgesamt 5.180,98 €</p>	<p>Das Gutachten und die Begleitung des Evaluierungsverfahrens erfolgten durch das Consulting-Unternehmen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, durch die DIW econ GmbH.</p>	<p>Die Länder haben bei der Umstellung der Rundfunkgebühr auf den Rundfunkbeitrag im Fünfzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag durch Protokollklärung auf Grund entsprechender Entschlüsse von Landtagen festgelegt, die Evaluierung durch einen unabhängigen Begleiter unterstützen zu lassen. Das Institut für Wirtschaftsforschung wurde damit beauftragt, für die Länder bei der Evaluierung des Rundfunkbeitragsstaatsvertrags prozessbegleitend tätig zu sein.</p>	<p>Die Evaluierung ist abgeschlossen. Das Ergebnis wird durch den Neunzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag umgesetzt, der dem Landtag mit dem Entwurf des Zustimmungsgesetzes zu seiner Sitzung im Februar 2016 zugeleitet wird. Auf die Schreiben nach dem Parlamentsinformationsgesetz vom 15.07. und 01.10. sowie 13.10.2015 wird hingewiesen.</p>

03	"Gutachten zur Erstellung der wirtschaftspolitischen Handlungserfordernisse und Handlungsansätze für die Landesentwicklungsstrategie SH 2030"	35.700,00 €	Prognos AG, Bremen	Zusammenführung der wirtschaftspolitischen Teilstrategien zu einem wirtschaftspolitischen Leitbild und Darstellung von wirtschaftspolitischen Handlungserfordernissen als Beitrag zur Landesentwicklungsstrategie SH 2030 (LES).	Die Ergebnisse liegen seit Mitte Dezember 2015 vor und fließen in die weiteren Arbeiten zur LES ein.
03	"Tourismus und Erholung im Zuge der Neuaufstellung der Regionalpläne"	109.986,94 €	KORIS (Kommunikative Stadt- und Regionalentwicklung), Hannover	Erarbeitung einer fachlichen Grundlage für die Festlegung von Kernbereichen für Tourismus und/oder Erholung unter Einbeziehung der regionalen Akteure im Rahmen eines Planerforums und Workshops.	Das Projekt wird im ersten Quartal 2016 abgeschlossen. Die Ergebnisse dienen als Grundlage für entsprechende Festsetzungen in den Neuaufstellungen der Regionalpläne des Landes S.-H.
03	"Landesweite Erfassung von öffentlichen und privaten Dienstleistungen und Versorgungseinrichtungen"	30.068,22 €	Gertz Gutsche Rümapp GbR, Hamburg	Die Bestandsaufnahme dient einer landesweiten Erfassung von Dienstleistungs- und Versorgungseinrichtungen mit besonderer Relevanz für die Grundversorgung der Bevölkerung.	Benötigt werden die Daten u.a. für: - die Neuaufstellung der Regionalpläne, - die Bewertung der Versorgungslage von Teilräumen mit Einrichtungen der Daseinsvorsorge, - die Unterstützung eines „Netzwerks Daseinsvorsorge“, - die Unterstützung anderer Ressorts der Landesregierung durch die Bereitstellung von entsprechenden Standortdaten. Die Arbeiten sind noch nicht abgeschlossen.

03	"Erfassung und Bewertung des Flächenpotentials für den Wohnungsbau im engeren Stadt-Umlandbereich von Flensburg"	21.360,50 €	PRO Regione GmbH, Flensburg	Die interkommunale Kooperation zwischen der Stadt Flensburg und den Gemeinden des Umlands wurde zum 31.12.2015 aufgekündigt. Die erforderliche Koordination zur wohnbaulichen Entwicklung soll nun durch die Landesplanung erbracht werden. Hierzu bedarf es einer aktuellen und inhaltlich fundierten Datengrundlage über entsprechende Flächenpotenziale.	Die Ergebnisse sollen für eine Aktualisierung und Anpassung der Vorgaben für den Wohnungsbau im Stadt-Umlandbereich Flensburg im Zuge der Fortschreibung des Landesentwicklungsplans und insbesondere der Neuaufstellung des Regionalplans für den Planungsraum I (neu) verwertet werden. Die Arbeiten sollen Mitte 2016 abgeschlossen werden.
03	Erarbeitung einer fachlichen Grundlage zur "Abgrenzung von charakteristischen Landschaftsräumen als Ausschlussflächen für die Windenergienutzung"	55.000,00 €	UmweltPlan GmbH, Stralsund	Sachliche Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans und Teilaufstellung der Regionalpläne Schleswig-Holstein zum Sachthema Windenergie.	Die Ergebnisse des Gutachtens sollen die fachliche Grundlage für die landeseinheitliche Definition und die räumliche Abgrenzung charakteristischer Landschaftsräume in Schl.-H. bilden. Die Präsentation des Zwischenberichts erfolgte am 16.12.2015; die Endabnahme des Gutachtens steht noch aus.
03	"Wirtschaftswissenschaftliche Studie der Länder zur Entwicklung der legalen Glücksspielmärkte seit dem Jahr 2007"	71.162,00 € Auf S.-H. entfällt nach dem Königsteiner Schlüssel ein Anteil von 2.410,90 €	Goldmedia GmbH, Stuttgart	Die Länder haben zur Vorbereitung eines Zwischenberichtes an die EU-Kommission gemeinsam eine Studie zur Entwicklung der legalen Glücksspielmärkte in ausgesuchten Ländern vergeben.	Die Studie diente der Erfüllung einer Berichtspflicht der Länder gegenüber der EU-Kommission.

04	Das Innenministerium, Rat für Kriminalitätsverhütung Schleswig-Holstein, hat die Christian-Albrechts-Universität zu Kiel beauftragt, für die Zuständigkeitsbereiche der im nördlichen und im westlichen Landesteil neu eingerichteten regionalen Beratungsstellen sowie im mittleren Landesteil (entsprechend den Landgerichtsbezirken Flensburg, Itzehoe und Kiel) jeweils eine Regionalanalyse über das Aufkommen rechtsextremer Einstellungen durchzuführen.	66.572 € (1. Rate Nov. 2013: 6.572 €, 2. Rate Okt. 2014: 30.000 €, 3. Rate: Nov. 2015: 30.000 €)	Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, Abteilung Entwicklungspsychologie, Pädagogische Psychologie und Rechtspsychologie am Institut für Psychologie (Prof. Dr. Bliesener)	Durch die Forschungsarbeit soll ein Lagebild über die politisch motivierte Kriminalität im Hell- und Dunkel-feld sowie über das Aufkommen rechtsextremer Einstellungen in den Regionen erstellt werden. Darüber hinaus soll untersucht werden, welche Entwicklungsrisiken bei Kindern und Jugendlichen eine Anfälligkeit gegenüber politisch extremem Gedankengut begünstigen. Mit den Ergebnissen der Regionalanalysen wird erstmals ein wissenschaftlich fundierter Überblick über rechtsextreme Strömungen im ganzen Land vorliegen. Dadurch wird es möglich, Maßnahmen und Projekte gegen den Rechtsextremismus, die die Landesregierung u. a. im Rahmen des Bundesprogramms „Toleranz fördern - Kompetenz stärken“ und des seit Oktober 2013 gestarteten Landesprogramms zur Demokratieförderung und Rechts-extremismusbekämpfung durchführt, zielgenau und bedarfsorientiert zu steuern. Dadurch wird sich auch die Akzeptanz der Arbeit der in den Programmen tätigen Beraterinnen und Berater insbesondere bei den Bündnissen und Runden Tischen deutlich erhöhen.	Der Auftrag wurde durch Vorlage der Gesamtanalyse im November 2015 abgeschlossen. Eine erste interne Bewertung steht noch aus. Diese Analyse wird intensiv mit der ab Frühjahr 2016 nachbesetzten Landeskoordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus durchgeführt. Wichtig erscheint zum jetzigen Zeitpunkt eine Präsentation der Ergebnisse im Rahmen einer landesweiten Veranstaltung bzw. mehrerer Regionalveranstaltungen.
04	Datenanalyse zur Kappungsgrenze	16.145,92 €	IFS Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik GmbH, Berlin	Erstellung der Landesverordnung zur Bestimmung der Gebiete mit abgesenkter Kappungsgrenze nach § 558 Absatz 3 Satz 2 Bürgerliches Gesetzbuch (Schleswig-Holsteinische Kappungsgrenzenverordnung)	siehe Frage 4
04	Datenanalyse für eine Verordnung über die Miethöhe bei Mietbeginn (Mietpreisbremse) in Schl.-H.	13.804,00 €	IFS Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik GmbH, Berlin	Erstellung der Landesverordnung über die zulässige Miethöhe bei Mietbeginn (Mietpreisverordnung Schleswig-Holstein)	siehe Frage 4

<p>04</p>	<p>Markterkundungsverfahren (MV) für Typengebäude für kommunale Unterbringung und Wohnungen Förderfähige Realisierungsmodelle in rationaler Bauweise</p>	<p>68.677,93 €</p>	<p>Arbeitsgemeinschaft für zeitgemäßes Bauen e. V.</p>	<ol style="list-style-type: none"> 1. Organisation und fachliche Betreuung des MV in Abstimmungen mit einem Expertengremium der am MV beteiligten Institutionen. (Baugewerbeverband, IHK, AIK, u.a.) 2. Vorprüfung der eingereichten Beiträge, 3. Konzeption, Gestaltung und Umsetzung eines Web-Auftritts: Marktplatzportal zum MV zur öffentlichen Information insbes. der Kommunen und Investoren und der örtlichen Bau- und Wohnungsbranche 	<p>Durch das MV ergibt sich Übersicht für LR und Kommunen, bzw. potenzielle Investoren. über Kapazitäten, Modelle, Kosten zu Typengebäuden zur Unterbringung und für Wohnungen, bzw. über förderfähige Realisierungsmodelle in rationaler Bauweise. Neben einem Planungsfaden und dem Sonderprogramm zum „Erleichterten Bauen“ ist die Markterkundung ein wichtiges Element, um dem anstehenden Wohnungsbedarf zu begegnen. Es ist eine wichtige Planungsgrundlage, dient der Aktivierung und Qualitätssicherung. Erkenntnisse aus dem MV sind in die Förderbedingungen des Sonderprogramms zum „Erleichterten Bauen“ eingeflossen. Zugleich sind die Angebote der regionalen Baubranche in einem transparenten Verfahren erfasst worden.</p>
------------------	---	--------------------	--	--	---

04	Aktualisierung der Teilschlüsselmassen im Rahmen der Neuordnung des kommunalen Finanzausgleichs in Schleswig-Holstein	Der Auftragnehmer des Gutachtens (NIW) hat einer Veröffentlichung der Angabe nicht zugestimmt. Statistikamt Nord (Fortbeschreibung der Datenbasis zur Gutachtenerstellung des kommunalen Finanzausgleichs) 648,00 €	Niedersächsisches Institut für Wirtschaftsforschung e. V. (NIW) für die Erstellung des Gutachtens; Sonstige Auftragnehmer: Statistikamt Nord und GMSH (siehe auch Antwort zu Frage 2)	Das Gutachten diente als Grundlage zur Neuordnung des kommunalen Finanzausgleichs in Schleswig-Holstein.	Dem Schleswig-holsteinischen Landtag wurde empfohlen, die Aktualisierung der Teilschlüsselmassen bei der Neuordnung des kommunalen Finanzausgleichs in Schleswig-Holstein zu berücksichtigen (Umdruck 18/3500).
04	Gutachterliche Aktualisierung der Teilschlüsselmassen für das Finanzausgleichsjahr 2016	Der Auftragnehmer des Gutachtens (NIW) hat einer Veröffentlichung der Angabe nicht zugestimmt. Statistikamt Nord (Datenzusammenstellung für die Regelüberprüfung nach § 4 Abs. 1 Satz 2 FAG) 710,40 €	Niedersächsisches Institut für Wirtschaftsforschung e. V. (NIW) für die Erstellung des Gutachtens; Sonstige Auftragnehmer: Statistikamt Nord und GMSH (siehe auch Antwort zu Frage 2).	Das Gutachten diente als Grundlage für die Regelüberprüfung der Aufteilungsverhältnisse der Finanzausgleichsmasse auf die sog. Teilschlüsselmassen nach § 4 Abs. 1 Satz 2 des Finanzausgleichsgesetzes (FAG).	Die Landesregierung hat sich dem Ergebnis des Gutachtens angeschlossen und eine entsprechende Änderung des FAG vorge schlagen (Umdruck 18/5216).
05	Ergänzungs-Gutachten zu den Aufkommenswir kungen einer Vermögensteuer	389,00 € (HHJ 2013) Anteil Schleswig-Holstein	Über das FM Rheinland Pfalz -Landesoberkasse Koblenz an DIW (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung) Berlin	Das Ergänzungs-Gutachten diente der Bewertung betreffend der Aufkommenschätzung bei qualitativer Verschönerung (mit/ohne Deckelung) von Produktivvermögen	Der Ausgang der Bundestagswahl 2013 ließ eine politische Initiative zur Wiedereinführung einer Vermögensteuer als nicht erfolgversprechend erscheinen. Das Gesetzesvorhaben wurde daher nicht weiterverfolgt

05	Gutachten zur Abschätzung von Bandbreiten als Risikoszenarien für die Entwicklung des Trendsteuerpfades	27.250,00 € (HHJ 2014)	Christian- Albrechts-Universität Kiel (12.500,00 € HHJ 2014) und Institut für Weltwirtschaft Kiel (14.750,00 € HHJ 2014)	Das Gutachten diente zur Abschätzung von Bandbreiten als Risikoszenarien für die Entwicklung des Trendsteuerpfades auf Basis des ab dem Jahr 2018 ins Auge gefassten Konjunkturberichtigungsverfahrens sowie zur Bewertung des ins Auge gefassten Verfahrens mit Blick auf dessen finale Einführung unter besonderer Beachtung der Parameter „Korrektur der Steuerschätzung und Fortschreibung der Daten über den Schätzzeitraum hinaus“ sowie „Definition der Bandbreiten“ für die Entwicklung des Trendsteuerpfades	Die Erkenntnisse wurden bei der Aufstellung des Haushaltes und des Finanzplanes berücksichtigt
05	Nutzungsanforderungen an eine künftige Liegenschaft für das Dienstleistungszentrum Personal	30.313,14 € (HHJ 2014)	IF5 GmbH Co.KG, Wolfsburg	Erarbeitung eines Raumkonzeptes auf Basis der festgelegten Nutzungsanforderungen für das DLZP als modernen Dienstleistungsbehörde für die zukünftige Liegenschaft des DLZP unter Berücksichtigung vorliegender Erkenntnisse zu mobilen Arbeiten wie auch Arbeitswelt /Arbeitsraum 2030	siehe Frage 4 (Hinweis auf Umdruck 18/5167, Seite 6)
05	Aufbau des Dienstleistungszentrums Personal	562.028,55 € (HHJ 2014)	Dataport, Altenholz	Sachverständigenleistungen/ Managementberatung	siehe Frage 4 (Hinweis auf Umdruck 18/5167)
05	Gemeinsame Gutachtenvergabe von Ländern des Forums Finanzausgleich	11,9 T€ (HHJ 2015) Anteil Schleswig- Holstein	Abrechnung erfolgte mit der Freien Hansestadt Bremen für Gutachten der Herren Prof. Thomas Lenk und Prof. Joachim Wieland	Das Gutachten diente der Fragestellung der Einbeziehung der kommunalen Finanzkraft in die Berechnungen der Ausgleichsleistungen bzw. zahlungen des LFA	Die Erkenntnisse wurden in den Verhandlungsprozess um die Bund-Länder- Finanzbeziehungen eingebracht
06	begleitende Evaluierung des Landesprogramm Arbeit	bisher ausbezahlt 42.968,52 € insgesamt wird von Kosten in Höhe von 508.580,-€ für die gesamte Förderperiode 2014-2020 gerechnet	Moysies & Partner	Die einzelnen Aktionen des Landesprogramms Arbeit werden vom Evaluator über die gesamte Förderperiode untersucht. Die Gutachten wurde erstellt, um die Berichtspflichten gegenüber der Europäischen Kommission erfüllen zu können, die Ex Post-Bewertung vorzubereiten sowie Handlungshinweise zu den einzelnen Förderangeboten zu erhalten.	Die Ergebnisse der Untersuchung zur Aktion C2 Produktionsschulen liegen noch nicht vor. Im Jahr 2016 wird die Aktion A4 Frau & Beruf sowie die Aktion A1 Beratungsnetzwerk Fachkräftesicherung untersucht werden. Die Ergebnisse werden bei der Entscheidung über weitere Projektanträge berücksichtigt.

06	Organisationsuntersuchung	38.520,30 €	Moysies & Partner	Analyse und Begutachtung des Personalbedarfs für die Umsetzung des Operationellen Programms ESF Schleswig-Holstein in der Förderperiode 2014-2020	Das Gutachten untersuchte die Personalausstattung der mit der Abwicklung des ESF-OP. Die Ergebnisse wurden und werden bei personalwirtschaftlichen Entscheidungen (externe Erstellung von Durchführungsberichten, Überprüfung weiterer Auslagerungsmöglichkeiten bzw. Personalverstärkung) berücksichtigt.
06	Gutachten zur Festsetzung der Teilnehmerstundenpauschale	10.253,04 €	Heinz-Piast-Institut für Handwerkstechnik	Gutachten über die Teilnehmerkosten bei der überbetrieblichen Lehrlingsunterweisung	Mithilfe des Gutachtens konnte für die erste Phase der Förderperiode 2014-2020 des LPA in der Aktion C3 - Überbetriebliche Lehrlingsunterweisung - die Teilnehmerstundenpauschale als Stückkostenpauschale festgesetzt werden.
06	Bedarfsanalyse Mobile Beratungsstellen für ausländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	35.687,00 €	DIM - Deutsches Institut für Menschenrechte, Berlin	Ermittlung von Beratungsbedarf und Erarbeitung von Empfehlungen für eine Beratungsstruktur für mobile ArbeitnehmerInnen aus dem EU-Ausland	Das Gutachten wurde im Dezember 2015 abgenommen. Nächste Schritte sind für 2016 geplant.
06	Analyse und Begutachtung des Personalbedarfs für die Umsetzung des Operationellen Programms ESF Schleswig-Holstein in der Förderperiode 2014-2020	39.334,26 €	PROGNOS AG	Ziel der Untersuchung war die Analyse und Begutachtung des Personalbedarfs zur Umsetzung des OP EFRE 2014-2020 im Vergleich zur Förderperiode 2007-2013 unter Berücksichtigung des verfügbaren EFRE-Mittel-volumens, der Anforderungen der Europäischen Kommission an Verwaltungsstrukturen und Abwicklung, Einführung neuer Umsetzungsstrukturen und Verfahren etc.	Das Gutachten untersuchte die Personalausstattung der Abwicklung des EFRE-OP. Die Ergebnisse wurden und werden bei personalwirtschaftlichen Entscheidungen (externe Erstellung von Durchführungsberichten, Überprüfung weiterer Auslagerungsmöglichkeiten bzw. Personalverstärkung) berücksichtigt.

06	Beteiligung an den Kosten zur Erstellung eines erweiterten Leitfadens zur Erfassung statistischer Daten für die Kultur- und Kreativwirtschaft für den Arbeitskreis Kultur- und Kreativwirtschaft der Wirtschaftsministerkonferenz	Anteilige Kosten S-H 625,00 €	Michael Söndermann Büro für Kulturwirtschaftsforschung	Der Leitfaden liegt noch nicht vor.	Der Leitfaden liegt noch nicht vor.
06	Studie "Wirtschaftliche Potentiale der Elektromobilität in Schleswig-Holstein"	59.500,00 €	WTSH Wirtschaftsförderung und Technologietransfer Schleswig-Holstein GmbH	Elektromobilität stellt ein Thema mit einer Vielzahl von Aspekten dar: Umweltpolitische, verkehrspolitische, energiepolitische, wirtschafts- und technologische. Hintergrund der Studie ist, dass ungeachtet der Tatsache, dass in S-H keiner der großen Automobilbauer beheimatet ist, es gleichwohl Erkenntnisse gibt, dass Elektromobilität Chancen für die schleswig-holsteinische Wirtschaft birgt. Die Studie soll das Gesamtpotenzial ermitteln.	Die Ergebnisse der Studie werden in die Förderpolitik des Landes einfließen.
06	mehrteilige Organisations- und Strategieentwicklung Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein	123.664,00 €	Rosenberger&Partner	Erstellung eines professionellen Gutachtens und Begleitung des gemeinsam mit der Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein (VZ SH) durchgeführten Organisationsentwicklungsprozesses für eine aktuelle, moderne Verbraucherverarbeitung und zukunftsfähige VZ SH.	Die Landesregierung sichert mittelfristig eine unabhängige Verbraucherberatung und schließt mit der VZ SH eine Vereinbarung.
06	Brandschutz im Elbehafen Brunsbüttel	7.800,00 €	Diplomingenieur Lars Tober, Rostock, Brandschutzsachverständiger	Das Gutachten untersucht die Frage, ob höhere Mengen an Propan/Butan in den Tanks entsprechender Tankschiffe Änderungen hinsichtlich der Brandschutzanforderungen erfordern.	Das MWAVT hat aufgrund des Gutachtens einer Änderung der Hafenebenutzungsordnung zugestimmt in der höhere Mengen Propan/Butan in Schiffstanks zugelassen wurden.
06	Bedarf- und Potenzialanalyse Vielzweckhafen Brunsbüttel	36.219,50 €	Fraunhofer-Center für maritime Logistik und Dienstleistungen CML, Hamburg	Das Gutachten beleuchtet die Chancen und die Risiken eines überwiegend auf die Offshore-Windindustrie ausgerichteten Hafenneubaus an der Elbe.	Das MWAVT hat den Projektpartnern (Stadt Brunsbüttel, Kreise Steinburg und Dithmarschen) empfohlen, das Vorhaben vorwiegend auf die Stärkung des Industriestandortes auszurichten.
06	Vertiefende Bedarf- und Potenzialanalyse Vielzweckhafen Brunsbüttel	24.861,45 €	Fraunhofer-Center für maritime Logistik und Dienstleistungen CML, Hamburg	Das Gutachten beleuchtet die Chancen und die Risiken eines auf Industrieansiedlung ausgerichteten Hafenneubaus an der Elbe.	Das MWAVT hat den Projektpartnern empfohlen, das Vorhaben zunächst bis zur Planfeststellung weiterzuführen und parallel Betreiber zu akquirieren.

06	Mobilitätskonzept	90.000,00 €	Rambøll Management Consulting	Gutachten z. Zt. In der Erstellung. Soll untersuchen, wie sich Mobilitätsansprüche und -verhalten sowie Verkehre künftig entwickeln	Gutachten soll realistische Handlungsempfehlungen erarbeiten. Das Gutachten soll im Herbst 2016 vorliegen, insofern kann die Frage nach den Konsequenzen derzeit nicht beantwortet werden.
06	Vergleichende Darstellung der Zuweisungen des Bundes an die Länder für den Bereich der Bundesfernstraßen	9.996,00 €	Schmid Mobility Solutions GmbH	Allgemeine verkehrspolitische Einschätzungen.	Diente der Positionierung der Landesregierung bez. Bundesauftragsverwaltung
07	Gutachtens zur Errichtung eines Instituts für Berufliche Bildung in Schleswig-Holstein (SHIBB)	79.805,00 €	Prognos AG Goethestr. 85 10623 Berlin	Im Schleswig-Holsteinischen Landtag (Drs. 18/2967) gibt es eine Diskussion darüber, ob es sich empfiehlt, die Zuständigkeiten für die berufliche Bildung stärker zusammenzuführen, um in einer veränderten Organisationsstruktur den Herausforderungen an die berufliche Bildung besser gerecht zu werden. Das Gutachten soll die Möglichkeiten einer solchen Neuorganisation prüfen und entsprechende Konzepte auch unter dem Aspekt dafür in Betracht kommender Rechtsformen entwickeln.	Das Gutachten wird bis zum 31.7.2016 vorliegen und veröffentlicht.
07	Wirkungs- und Strukturanalyse Jugendaufbauwerk Schleswig-Holstein (2015)	111.384,00 €	Moysies & Partner IT- und Managementberatung mbH Mittelweg 56a 20149 Hamburg	Das Jugendaufbauwerk Schleswig-Holstein (JAW) besteht seit 1949. Von den insgesamt 18 JAW Einrichtungen sind noch vier in kommunaler Trägerschaft, die übrigen 14 wurden im Laufe der Jahre in privatrechtliche Trägerschaft überführt. Im Kontext dieser Veränderungen, weiterer Veränderungen am Ausbildungs- und Arbeitsmarkt und der Neugestaltung des Übergangs von der Schule in den Beruf wurde das JAW hinsichtlich seines Nutzens und seiner Wirksamkeit im Bereich arbeitsmarktrelevanter Fragestellungen der Übergangsgestaltung und -steuerung untersucht, um seine Zukunftsfähigkeit, die Aufgabenwahrnehmung und den Grad der Aufgabenerfüllung zu bewerten.	Die Untersuchung wurde im Dezember 2015 fertiggestellt und befindet sich noch in der Auswertung. Die Abstimmung mit den JAW-Einrichtungen über eventuelle Konsequenzen wird im Laufe des Jahres 2016 erfolgen.
07	Gutachten zu den Überbetrieblichen Berufsbildungsstätten (ÜBS) in Schleswig-Holstein (2015/2016)	117.440,00 €	Heinz-Piest-Institut an der Leibniz Universität Hannover Wilhelm-Busch-Str. 18, 30167 Hannover	Vor dem Hintergrund anstehender Modernisierungsinvestitionen im Gesamtvolumen von über 90 Mio. Euro bis 2028 in den ÜBS in Schleswig-Holstein und dem damit verbundenen Zuschussbedarf soll ein Gesamtüberblick im Sinne eines Modernisierungsrahmenplans erstellt werden. Ziel ist zu ermitteln, ob die vorhandene Infrastruktur	Die Fertigstellung der Studie ist für Juli 2016 geplant. Über Konsequenzen wird im Rahmen der anschließenden Auswertung entschieden.

					der ÜBS bedarfsgerecht ist und welche Maßnahmen erforderlich sind, um die künftigen Anforderungen an eine innovative duale Ausbildung bezgl. der Überbetrieblichen Lehrlingsunterweisung erfüllen zu können. Daneben sollen bestehende Lernortkooperationen im Handwerksbereich betrachtet und Potenziale für weitere ermittelt werden.	
07	Vorstudie Einheitliche Schulverwaltungssoftware	200.000,00 €	Dataport		Es sollen die Chancen, Risiken und Kosten einer landeseinheitlichen Schulverwaltungssoftware in Schleswig-Holstein ermittelt werden	Mit der Vorlage des endgültigen Ergebnisses wird im März/April 2016 gerechnet
07	Evaluation des auf Kompetenzen basierenden Entwicklungsberichts als Grundlage für das verpflichtende Elterngespräch zum Übergang auf die weiterführenden Schulen	32.582,20 €	Institut für Psychologie der CAU Kiel, Prof. Dr. Jens Möller		Das Gutachten wurde zur Evaluation des Entwicklungsberichts verwendet	Die Evaluation zeigte, dass sich der Entwicklungsbericht sehr gut als einheitliches Muster für ein kompetenzbasierendes Zeugnis eignet. Daraufhin wurden für die Jahrgangsstufen 1 bis 4 einheitliche kompetenzbasierende Zeugnisse eingeführt.
07	Evaluation von Kompetenzergebnissen für die Jahrgangsstufen 5 bis 7 an Gemeinschaftsschulen	59.139,49 €	Institut für Psychologie der CAU Kiel, Prof. Dr. Jens Möller		Das Gutachten soll zur Entwicklung und Evaluation von kompetenzbasierenden Zeugnissen in den Jahrgangsstufen 5 bis 7 der Gemeinschaftsschulen verwendet werden.	Ergebnisse liegen noch nicht vor
07	Evaluation zur Ermittlung von Handlungsfeldern am Übergang Schule - Beruf, insbesondere im Hinblick auf behinderte und benachteiligte Jugendliche	29.354,00 €	Soziologisches Forschungsinstitut an der Georg-August-Universität Göttingen, Prof. Dr. Martin Baethge		Das Gutachten soll neben der schulischen Berufsvorbereitung den weiteren Werdegang insbesondere der Jugendlichen mit besonderem Förderbedarf in Schleswig-Holstein in den Blick nehmen. Ziel ist die Weiterentwicklung von Maßnahmen am Übergang von der Schule in den Beruf.	Das MSB erwartet entsprechende Handlungsempfehlungen - ggf. auch für das Übergangssystem - im Herbst 2016.
09	Befragung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in vier Vollzugsanstalten im Rahmen des Betrieblichen Gesundheitsmanagements zu ihrer Arbeitssituation (2014/2015)	72.096,79 €	CAU Kiel, Institut für Sozialwissenschaften, Bereich Soziologie, Forschungsgruppe Gesundheit und Organisation		Feststellung der Auswirkungen der Arbeitsbedingungen im Justizvollzug auf die Arbeitsbewältigungsfähigkeit der Bediensteten	Die in dem Bericht vorgeschlagenen personellen und organisatorischen Maßnahmen werden soweit möglich umgesetzt
09	Evaluierung des Jugendarrestes	bis 31.12.2015: 10.120,25 €	Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen e.V. (KFN)		Die Wirksamkeit des Jugendarrestes soll durch die Evaluation überprüft werden.	Die Maßnahme ist noch nicht abgeschlossen, Ergebnisse liegen noch nicht vor.
09	Abgabe einer gutachterli-	13.613,10 €	Rechtsanwaltskanzlei		Ergänzende fachliche Stellungnahme zur Frage, ob	Die Landesregierung hat

	chen Stellungnahme zu einer dienstrechtlichen Fragestellung.		Ruge, Purrucker und Partner.	die Einleitung eines Disziplinarverfahrens geboten ist.	die Stellungnahme im Rahmen ihrer Prüfung abgewogen. Das Gutachten bestätigte die Rechtsauffassung des MJKE.
10	Umsetzung der Ergebnisse der Organisationsuntersuchung im Landesamt für soziale Dienste (LAsD)	105.247,42 €	BSL Managementberatung GmbH, Köln	Beratung und Betreuung bei der Umsetzung der Empfehlungen zur Reorganisation des LAsD	Einleitung und Umsetzung einer grundlegenden Neustrukturierung im LAsD mit dem Ziel, den Stellenabbaupfad bis 2020 bei steigender Arbeitsbelastung einzuhalten. Die Gutachtenerstellung ist noch nicht abgeschlossen.
10	Evaluation eines rechtskreisübergreifenden Kooperationsmodells in der Psychiatrie im Kreis Dithmarschen	108.000,00 €	Das Gutachten wird zurzeit von der Universitätsmedizin Berlin – Institut für Sozialmedizin, Epidemiologie u. Gesundheitsökonomie der Charité Berlin, 10098 Berlin, erstellt.	Die Gutachtenerstellung ist noch nicht abgeschlossen.	
10	Finanzierungsverantwortung für die Schulbegleitung an öffentlichen Regelschulen in Schleswig-Holstein	9.250,00 €	Prof. Dr. Thorsten Kingreen, Universität Regensburg, Lehrstuhl für öffentliches Recht, Sozialrecht und Gesundheitsrecht,	Abgrenzung der pers. Unterstützungsleistungen, die von der Sozial- bzw. Jugendhilfe als Hilfe zur angemessenen Schulbildung zu erbringen sind und denjenigen, die von Schulen und Schulträgern im Kernbereich der pädagogischen schulischen Arbeit obliegen.	Moratorium vom November 2014 zwischen Landesregierung, Schleswig-Holsteinischem Landkreistag, Städteverband Schleswig-Holstein und Schleswig-Holsteinischem Gemeindetag zur Finanzierung von Hilfen für Schülerinnen und Schülern mit Behinderung und /oder sonderpädagogischem Förderbedarf beim Schulbesuch nebst Anschlussvereinbarung konnten abgeschlossen werden.
10	Arbeitszeit hauptamtlicher kommunaler Gleichstellungsbeauftragter nach dem Schleswig-Holsteinischen Gleichstellungsgesetz und des Konnexitätsprinzips	7.163,80 €	Prof. Dr. Mathias Nebendahl, Fachanwalt für Verwaltungsrecht	Das Gutachten soll für eine gesetzliche Klarstellung des Beschäftigungsumfangs hauptamtlicher kommunaler Gleichstellungsbeauftragter verwendet werden.	Der Gesetzentwurf für eine entsprechende Änderung des Kommunaiverfassungswortsrechts wird zurzeit vorbereitet.
10	Gutachten zur rechtlichen	5.200,30 €	Prof. Dr. Mathias	Rechtliche Prüfung des Konzepts zur Notversorgung	Ergänzung der Neufassung

	Prüfung des Konzepts zur Notversorgung unbegleiteter minderjähriger Ausländer (umA) zur Vermeidung von Haftungsfällen und Friktionen mit der KJVO		Nebendahl, Fachanwalt für Verwaltungsrecht	unbegleiteter minderjähriger Ausländer (umA) zur Vermeidung von Haftungsfällen und Friktionen mit der KJVO	der KJVO.
10	Rechtliche Prüfung der Vereinbarung zu Auflagen der stationären Jugendhilfeeinrichtung Friesenhof	7.520,80 €	Prof. Dr. Mathias Nebendahl, Fachanwalt für Verwaltungsrecht	Rechtliche Prüfung der Vereinbarung zu Auflagen der stationären Jugendhilfeeinrichtung Friesenhof	Aus dem Gutachten ergibt sich kein Handlungsbedarf.
10	Fachkräfte in den erzieherischen Hilfen – Studien- und Ausbildungsgänge zur Umsetzung des Fachkräftegebotes in erlaubnispflichtigen (teil-) stationären Hilfen zur Erziehung	2.231,25 €	Bergische Universität Wuppertal	Umsetzung des Fachkräftegebotes in erlaubnispflichtigen (teil-) stationären Hilfen zur Erziehung. Es handelt sich um ein gemeinsames Projekt mehrerer Bundesländer.	Die Ergebnisse fließen bei der Prüfung von entsprechenden Studienabschlüssen ein (Einstufung als Fachkraft in stationären Einrichtungen nach § 45 SGB VIII).
10	Rekonstruktion und Analyse der Wahrnehmung der Aufgaben zum Schutz von Kindern und Jugendlichen in Einrichtungen gem. § 45 SGB VIII durch das Sozialministerium für die Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe Friesenhof vom 1.10.1999-11.6.2015	8.368,50 €	Prof. Dr. Christian Schrapper	Rekonstruktion des Verlaufs und Analyse der Arbeitsabläufe innerhalb der Heimaufsicht im Fall Friesenhof.	Die Vorschläge des Gutachtens fließen in die Arbeit der Task Force ein und werden bei der zukünftigen Arbeit der Heimaufsicht berücksichtigt werden.
10	Gutachten zu einem neuen Landeskrankenhausgesetz für das Land Schleswig-Holstein	47.022,85 €	IGES Institut Berlin	Zielsetzung des Gutachtens war die Prüfung der rechtlichen Handlungsspielräume mit Bezug auf die bundesgesetzlichen Regelungen und höchstrichterliche Rechtsprechung.	Inhalte des Gutachtens werden bei der Erstellung des Gesetzes berücksichtigt.
10	Entwicklung eines Maßnahmenkataloges zur Verbesserung der Situation der Geburtshilfe in Schleswig-Holstein	77.500,00 € davon 23.080,05 € im HH-Jahr 2015	OptiMedis AG Hamburg	Erarbeitung konkreter Maßnahmen, die insbesondere in den Kreisen NF und OH zur Verbesserung der geburtshilflichen Situation beitragen können.	Das Gutachten wird Anfang 2016 abgeschlossen.
10	Erstellung eines Zwischen- und Endberichtes auf Grundlage der Drucksache 18/1597 Landes-Präventionsinitiative Dia-	1.368,50 €	Prof. Dr. Morten Schütt / UKSH Campus Lübeck, Schleswig-Holsteinische Gesellschaft für Diabe-	Zwischenbericht zur Landes-Präventionsinitiative Diabetes mellitus Typ 2	Präventionsmaßnahmen entwickeln, vorhandene Präventionsmaßnahmen vernetzen oder ausbauen.

	betes Typ II		tes			
10	Beratung zum Hochschulgesetz, Bereich Medizin	2.000,00 €	Dipl.Kfm, Dipl. Pol. Rüdiger Strehl, langjähriger Experte für die Hochschulmedizin in Deutschland	Unterstützung im Einigungsprozess zwischen Hochschulen, UKSH und dem Ministerium im Rahmen der Erarbeitung eines Gesetzentwurfes der Landesregierung, Empfehlungen wurden im Ministerium sowie mit den Hochschulen und dem UKSH diskutiert.	Erarbeitung eines Gesetzentwurfes der Landesregierung unter Berücksichtigung der Empfehlungen des Beraters.	
13	Veränderung des Verwaltungsaufwands in den mit der Abwicklung und Umsetzung von ELER- und EGFL-Aufgaben befassten Bereichen in der Förderperiode 2014 bis 2020	31.897,24 €	PriceWaterhouse-Coopers AG	Vorbereitung der Umsetzung der EU-Agrarförderung der Förderperiode 2014-2020	Bedarfsgerechte Planung des Ressourceneinsatzes für eine EU-konforme Umsetzung der Gemeinsamen Agrarpolitik 2014-2020	
13	Einführung einer bundesweiten Abgabe auf Pflanzenschutzmittel	20.831,00 €	Umweltforschungszentrum Leipzig	Klärung von Basisfragen ackerbaulicher, ökonomischer und juristischer Art	Start einer agrarpolitischen Grundsatzdiskussion über eine solche neue Abgabe	
13	Rechtsgutachten „Bauen im Außenbereich, Privilegierung, Berechnung der Futtergrundlage etc.“	6.380,50 €	Rechtsanwältin Weissleder und Ewer Kiel	Klärung von Fragen der Privilegierung bei komplexen Flächenverhältnissen (mehrere Gesellschaften)	Privilegierungsgutachten können jetzt fundiert erstellt werden	
13	Gutachten zum Thema "Tierschutzgerechter Betrieb kommerzieller Angeltische in Schleswig-Holstein" (Beauftragung im Mai 2014 durch LLUR)	32.805,00 €	Institut für Binnenfischeerei e. V. Potsdam-Sacrow	Das "Angeltischgutachten" war erforderlich, um den Betrieb von Angeltischen in SH rechtskonform, d.h. insbesondere im Einklang mit § 39 Abs. 1 LFischG, regeln zu können. Das Gutachten wurde insoweit verwendet, die Rahmenbedingungen dafür auf einer aktuellen und wissenschaftlich fundierten Grundlage neu zu definieren	Die bisherige Auslegung von § 39 LFischG sowie §§ 1 und 2 TierSchG wurde überdacht. Im Ergebnis wurde ein Merkblatt entwickelt, das den Betreibern kommerzieller Angeltische wichtige Handreichungen für rechtssicheres Handeln bietet. Im Innenverhältnis der Behörden regelt ein neuer, auf dem Gutachten basierender Erlass des MELUR an die obere Fischereibehörde sowie die Kreisfischereibehörden die Einhaltung der entsprechenden Rechtsnormen gemäß aktuellem Wissensstand.	
13	Betriebswirtschaftliche Prüfung der Entgeltkalkulation für bestimmte tierische Nebenprodukte	maximal 6.000 €	PriceWaterhouse Coopers	Grundlage der Prüfung und Genehmigung der Entgelte für bestimmte tierische Nebenprodukte	siehe Frage 4	

13	Ökolandbau-Strategie für das Bundesland Schleswig-Holstein	54.102,30 € davon 1.837,50 € für die Durchführung der Ausschreibung durch die GMSH	Firma Ecozept, Freising	Ermittlung des Status Quo, von Stärken und Schwächen sowie Handlungsbedarfen als Grundlage für ein Gesamtkonzept sowie zur Ableitung von prioritären Maßnahmen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für den Ökologischen Landbau	Schwerpunktsetzung bei den Maßnahmen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für den ökologischen Landbau z.B. bei Fördermaßnahmen im Rahmen des ELER-Programms oder Unterstützung eines "Netzwerks Ökolandbau Schleswig-Holstein"
13	Schutzwürdigkeitsgutachten für das geplante Naturschutzgebiet "Duvenseer Moor" im Kreis Herzogtum Lauenburg	29.631€ gemäß Ausschreibungsergebnis. Davon etwa die Hälfte der Kosten für Geländeerhebungen und anderes	Biologen im Arbeitsverbund	Fachliche Grundlage für die Beurteilung der Voraussetzungen einer Unterschutzstellung als NSG nach § 23 BNatSchG für das Gebiet Duvensee, Kreis Herzogtum Lauenburg	Das Gutachten ist Mitte Dezember 2015 fertig gestellt worden. Konsequenzen konnten daher noch nicht gezogen werden. Die Ergebnisse werden die geplante Gebietsabgrenzung sowie notwendige Nutzungsaufgaben maßgeblich beeinflussen.
13	Energiespeicher für Schleswig-Holstein	65.914,01 €	ECOFYS und Fraunhofer Institut IWES	Verwendung zur Positionierung und Unterstützung der Speicheraktivitäten in SH	Die Studie zeigt, dass Speicher keine Antwort auf Netzengpässe und regionale Stromüberschüsse sind. Um überschüssigen Strom zu speichern, müssten sehr große und leistungsintensive Speicher zum Einsatz kommen. Diese sind jedoch noch weit von der Wirtschaftlichkeit entfernt. Ein rascher Netzausbau erscheint dagegen sinnvoller und kostengünstiger. Mittelfristig müssen Speicher aber einen Beitrag für Versorgungssicherheit und Netzstabilität leisten. Speicher werden dabei einen Teil der Aufgaben übernehmen, die heute konventionelle Kraftwerke ausfüllen.

13	Monitoring Energie / Klima (THG-Emissionen, Bilanzierung Erneuerbare Energien in SH, Analyse EEG-Vergütungen in SH)	34.460,00 €	Statistikamt Nord	Verwendung im MELUR zur Analyse und Steuerung der Energiewende- und Klimapolitik und für den jährlich zu erstellenden Landtagsbericht Monitoring Energiewende und Klimaschutz	Monitoring dient Analyse der Entwicklungen von Indikatoren Klimaschutz und Energie und zur Analyse und Steuerung der Energiewende- und Klimapolitik; veröffentlicht unter http://www.schleswig-holstein.de/Energie/DE/Energiewende/Indikator/en/indikatoren_node.html
13	Beratungs- und Sachverständigenleistungen zur Konzeption des Bürgerbeteiligungsverfahrens zum 380 kV-Netzausbau Ostküstenleitung	91.353,27 €	DUH Umweltschutzservice GmbH, Berlin	Beratung und Begleitung des Bürgerbeteiligungsverfahrens im Zuge des Netzausbaus	Umsetzung der Konzeption einer frühen Öffentlichkeitsbeteiligung beim Netzausbau in SH
13	Bewertung zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit der TenneT	10.000,00 €	BDO AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Kiel	Bewertung einer Netzbetriebsgenehmigung und der Erfüllung von Auflagen hinsichtlich einer im Konzernverbund tätigen Netzgesellschaft	Unterstützung der Überwachungsstätigkeit der Landesenergiebehörde in einem besonders komplexen Fall
13	Rechtsgutachten zum Genehmigungsverfahren für Offshore-Anbindungen nach § 4 EnVG	18.450,00 €	Prof. Dr. Georg Hermes, Oberursel	Bewertung einer Netzbetriebsgenehmigung und der Erfüllung von Auflagen hinsichtlich einer im Konzernverbund tätigen Netzgesellschaft	Unterstützung der Überwachungsstätigkeit der Landesenergiebehörde in einem besonders komplexen Fall
13	Gutachten zur Interaktion zwischen Windenergieanlagen und dem DVOR MIC unter besonderer Betrachtung der Störwirkung auf den Empfänger	35.700,00 €	Dr.-Ing. Jochen Brede-meier, Fa. FCS Flight Calibration Services GmbH, Hermann-Blenk-Str. 32 a, 38108 Braunschweig	Beurteilung der Störwirkungen von Windkraftanlagen auf die Flugsicherungsanlage der DFS in der Gemeinde Heringsdorf/Kreis Ostholstein nach den neuesten wissenschaftliche Erkenntnissen	Das Gutachten ist der DFS vorgelegt worden und wird z.Z. noch international geprüft
13	Abschätzung des künftigen Bedarfs an Deponiekapazitäten in Schleswig-Holstein	22.491,00 €, zzgl. 765,00 € an GMSH	Oetjen-Dehne & Partner Umwelt- und Energieconsult GmbH (u.e.c. Berlin)	Untermauerung der Aussagen des Abfallwirtschaftsplans Siedlungsabfälle	Auf dieser Basis werden Gespräche mit öffentlich-rechtlichen Entscheidungsträgern und privaten Unternehmern zur Errichtung zusätzlicher Deponiekapazitäten geführt.
13	Analyse von Reifenmaterialien auf den Gehalt an Polyzyklischen aromatischen Kohlenwasserstoffen	10.974,78 €	Biochemisches Institut für Umweltcarcinogene Prof. Dr. Gernot-Grimmer-Stiftung	Beurteilung der Konformität der untersuchten Reifen hinsichtlich der Einhaltung der Anforderungen von Nr. 50 Anhang XVII REACH-Verordnung (EU) Nr. 1907/2006	Nicht konforme Reifen wurden aus dem Verkehr gezogen (Marktüberwachung)

